

BESPRECHUNGSAUFSÄTZE

Das Bundesverfassungsgericht als Integrationsbremse?*

Von Markus C. Kerber, Berlin und Adrian Klein, Leipzig

Die Dissertation von *Michael Tischendorf* widmet sich mit der Integrationsverantwortung einem aus verfassungsrechtlicher Perspektive hochaktuellen Thema. Das Konzept der Integrationsverantwortung, das vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen seiner Lissabon-Entscheidung¹ entwickelt und in späteren Entscheidungen konkretisiert wurde, ist in der rechtswissenschaftlichen und -politischen Diskussion umstritten. Während die einen in der Integrationsverantwortung einen verfassungsrechtlich gebotenen Auftrag an die Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung sehen, weitere Vertiefungen der europäischen Integration nicht lediglich nachzuvollziehen, sondern hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Ermächtigungsgrundlagen der EU-Verträge konkret zu überprüfen und zu überwachen,² sehen andere das Konzept als einen Ausdruck (alten) Souveränitätsdenkens, das unfähig sei, demokratische Legitimation außerhalb des Nationalstaates zu denken.³ Der Untertitel der Dissertation „Vom Scheitern eines verfassungsgerichtlichen Konzepts und seiner Überwindung“ lässt nicht von vornherein darauf schließen, auf welcher Seite dieses Spektrums *Tischendorf* sich selbst verortet. Im Fortgang des Textes wird allerdings deutlich, dass der Autor eher der zweiten Seite zuzuordnen ist.

* Zugleich Besprechung von *Michael Tischendorf*, Theorie und Wirklichkeit der Integrationsverantwortung deutscher Verfassungsorgane. Vom Scheitern eines verfassungsgerichtlichen Konzepts und seiner Überwindung. Jus Internationale et Europaeum, Band 129, Tübingen, 2017, 349 S., 79,00 Euro. ISBN 978-3-16-155269-4.

1 BVerfGE 123, 267 (351 ff.).

2 Vgl. u. a. *Kerber, M./Spethmann, D./Starbatty, J./Graf Stauffenberg, F. L.*: Der Kampf um den Lissabon-Vertrag. Das Ringen der deutschen Bürgergesellschaft um die europäische Integration, Stuttgart, 2010; *Kottmann, M./Wohlfahrt, C.*: Der gespaltene Wächter: Demokratie, Verfassungsidentität und Integrationsverantwortung, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV), S. 443–470; *Tielke, E. M.*: Das Subjekt demokratischer Legitimation in der europäischen Union, Marburg, 2016, S. 163 ff.

3 Vgl. u. a. *Mestmäcker, E.-J.*: Im Schatten des Leviathan. Anmerkungen zum Urteil des BVerfG vom 30. 06. 2009, in: *Hatje, A./Terhechte, J. P.*: Grundgesetz und europäische Integration – Die EU nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgericht, Zeitschrift für Europarecht, 2010, Beiheft 1, S. 35–56; *Nettesheim, M.*: Die Karlsruher Verkündung. Das BVerfG in staatsrechtlicher Endzeitstimmung, in: ebd, S. 101–122; *Denninger, E.*: Identität versus Integration, Juristen Zeitung 2010, 969–974; *Schönberger, C.*: Die Europäische Union zwischen Demokratiedefizit und Bundesstaatsverbot, Der Staat 2009, 535–558.